

Die Antworten tröpfeln, dafür fließt Geld

LAHNPAK Fragen der Parlamentarier bleiben unbeantwortet / Gemeinde Lahnaue erhält 19 000 Euro zurück



Blick in die Lahnaue bei Dutenhofen: Die Lahnpark GmbH wird von den Städten Wetzlar und Gießen und den Gemeinden Lahnaue und Heuchelheim getragen und soll sich gemeinsam um Entwicklung, Schutz und Projekte in der Aue kümmern. (Foto: Reeber)

LAHNAUE Im Jahr 2015 ist die Mitgliedschaft in der Lahnpark GmbH für die Gemeinde Lahnaue lukrativ gewesen: 19 000 Euro überwies die Gesellschaft. Mit Informationen bleibt sie aber knauserig.

Die Lahnpark GmbH ist von Gießen, Wetzlar, Lahnaue und Heuchelheim zu dem Zweck gegründet worden, gemeinsame Projekte in der Lahnaue zu steuern und Fördergeld dafür einzuwerben. Die Gemeinde Lahnaue zum Beispiel zahlt 5000 Euro Mitgliedsbeitrag im Jahr.

Als GmbH, das machte zum Beispiel Lahnaues Bürgermeister Eckhard Schultz (SPD) wiederholt deutlich, muss der Lahnpark laut Gesetz aber nur bestimmte Zahlen offenlegen - auch wenn die GmbH von den Gemeinden getragen wird. Schultz wörtlich: "Wir müssen uns nicht jedes Blatt Papier nachrechnen lassen."

Das wollen Gemeindevertreter wie Frank Kontz (FW/FDP) auch gar nicht. Aber: Kontz hätte gerne detaillierte Auskünfte, jedenfalls deutlich detaillierter als das, was der Lahnpark offenlegen muss.

Kontz: "Das Ergebnis war publikumswirksam, aber in der Sache sehr dünn und wenig aussagekräftig"

Einen ersten Versuch dazu gab es vorigen Mai, als Lahnpark-Geschäftsführer Lutz Adami in einer gemeinsamen Sitzung der Lahnauer Parlamentsausschüsse Rede und Antwort stand. "Das Ergebnis war publikumswirksam, aber in der Sache sehr dünn und wenig aussagekräftig", sagt Kontz. Wobei Adami zusicherte, für weitere Fragen bereitzustehen.

Also hakte Kontz weiter nach, formulierte im September 2015 sehr detaillierte Fragen, zum Beispiel zu Bewirtungskosten. Adami beantwortete die Fragen wie zugesagt, aber mehr allgemein. Details, so geht aus seiner Antwort hervor, könnten nur die Mitglieder der Gesellschafterversammlung oder des Aufsichtsrats mitteilen, eben, weil das die gesetzlichen Veröffentlichungspflichten übersteige.

Im Aufsichtsrat sitzt unter anderem der Lahnauer Bürgermeister. Auf die noch offenen Antworten angesprochen sagte Schultz unlängst in einer Sitzung: "Es gibt keine weiteren Details. Wir müssen uns mit Mitteilungen über das gesetzliche Maß hinaus mit den anderen Partnern absprechen. Und da gibt es vor allem aus Gießen und Wetzlar Bedenken."

Warum? Schultz erklärt auf Nachfrage: Diese Städte sind nicht nur am Lahnpark, sondern auch an anderen Gesellschaften beteiligt, zum Beispiel Wetzlar am Versorger Enwag. Wenn man nun sehr weit gehende Daten des Lahnarks offenlege, könne das ein Präzedenzfall sein, dies auch bei den anderen Gesellschaften zu tun. Und das könne dann Betriebsgeheimnisse betreffen.

Bleiben die Fragen der Abgeordneten, vor allem von Frank Kontz und Brigitte Sauter-Hill (geo) also unbeantwortet? Kontz will nicht locker lassen. "Ich erwarte eine schriftliche Begründung dafür, auf welcher Rechtsgrundlage Auskünfte verweigert werden." Adami hatte in seiner Antwort das Handelsgesetzbuch und die Hessische Gemeindeordnung angeführt. Kontz reicht das so nicht. Er argumentiert, dass Steuergeld ausgegeben werde und dass die Gemeindevertreter genau wissen müssten, wofür. Immerhin müssten sie sich vor den Bürgern rechtfertigen. "Mich macht skeptisch, dass die Herren immer zugeknöpfter werden, je genauer ich nachfrage", sagt er. Und: "Geht es so weiter, muss der Auskunftsanspruch womöglich eingeklagt werden."

Dass eine Klage weitere Ergebnisse bringen würde, kann sich auch Brigitte Sauter-Hill (geo) vorstellen. Geplant sei das seitens geo allerdings nicht. Bei ihrer Kritik am Lahnpark geht es der Fraktionsvorsitzenden nicht mal um die 5000 Euro, die Lahnau als Jahresbeitrag für die Mitgliedschaft im Lahnpark zahlt. "Es geht darum,

dass Bürger und Parlamentarier das Recht haben, Rechenschaft abgelegt zu bekommen." Und eben das sieht Sauter-Hill nicht. Hat aber auch wenig Hoffnung, auf absehbare Zeit Aufklärung zu erhalten.

Zuletzt im September hatte geo einen Antrag fürs Parlament gestellt, mit Fragen, die aus Sicht von geo beim Besuch Adamis in der gemeinsamen Ausschusssitzung offengeblieben waren. Der Antrag wurde im Parlament allerdings nicht beraten. Parlamentschef Manfred Jung (SPD) leitete ihn als Anfrage an den Gemeindevorstand rund um den Bürgermeister weiter.

Jung: Wer Aufgaben in eine Gesellschaft auslagert, hat eben weniger Chancen der Einwirkung

Geo erhielt - wie Kontz - auf seine Fragen eine allgemeine Antwort und den Verweis darauf, dass man nicht mehr sagen dürfe. Wie es jetzt weitergeht, sagt Sauter-Hill, das müsse man zunächst innerhalb der Fraktion beraten. Die Auskünfte wolle man definitiv haben.

Parlamentschef Manfred Jung schätzt die Chancen einer Klage als gering ein. Die aktuelle Situation, sagt er, sei der Hessischen Gemeindeordnung geschuldet. Wenn man Aufgaben in eine GmbH auslagere, seien die Möglichkeiten der Einwirkung nun einmal gering. Sei das gewünscht, müsse man eine andere Form finden.

Jung schlägt stattdessen vor, dass zum Beispiel der Umweltausschuss des Parlaments regelmäßig einmal im Jahr den Geschäftsführer des Lahnarks einlädt, um ihm Fragen stellen zu können. Sagt aber auch: Aus Sicht der SPD als größter Fraktion im Parlament gibt es kein Misstrauen und keine weiteren Fragen an den Lahnark.

Immerhin: Im Jahr 2015 war die Mitgliedschaft im Lahnark für Lahnau ein gutes Geschäft: 19 000 Euro zahlte die GmbH laut Schultz aus. Es handele sich dabei um eine Vergütung für Stunden, die Mitarbeiter der Gemeinde für den Lahnark geleistet hätten, sagt Bürgermeister Schultz. Diese Stunden seien von Beginn an erfasst und nun honoriert worden. "Es wusste anfangs ja keiner, ob der Lahnark wie geplant Zuschüsse der EU bekommen würde", sagt Schultz. Die flossen nun.

NEU: Die mittelhessen.de News-App. Jetzt kostenlos für [Apple](#) und [Android](#) laden!

Link zum Thema



Copyright © mittelhessen.de 2016